

Antrag

der Fraktionen der SPD und FDP

GLOBAL 2000

Der Bericht GLOBAL 2000 an den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Carter zeigt auf, welche Gefahren für die Menschheit in absehbarer Zeit entstehen könnten, wenn die bisherigen Entwicklungstendenzen sich unverändert fortsetzen. Wenn auch Kritik an einzelnen Daten des Berichts geübt werden kann, so ist der Deutsche Bundestag dennoch der Meinung, daß die Trendprognosen in GLOBAL 2000 und vergleichbaren Studien die Politik zum Handeln veranlassen sollten.

Die Autoren des Berichts sehen drei Hauptursachen für das mögliche Entstehen einer Katastrophensituation: Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung und Erschöpfung der Rohstoffvorräte. Es liegt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, derartigen Gefahren auf nationaler Ebene vorzubeugen und auf internationaler Ebene Initiativen zu ergreifen, um durch weltweite Zusammenarbeit der Zerstörung der Lebensgrundlagen Einhalt zu gebieten. Die Autoren sagen mit Recht: „Angesichts der Dringlichkeit, Reichweite und Komplexität der vor uns liegenden Herausforderungen bleiben die jetzt auf der ganzen Welt in Gang gekommenen Anstrengungen weit hinter dem zurück, was erforderlich ist. Es muß eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verpflichtung beginnen, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist.“

In diesem Zusammenhang kommt der Studie auch für die Bundesrepublik Deutschland als einem der größten Industriestaaten eine erhebliche Bedeutung zu. Denn aus unserer Rolle in der Welt können sich positive oder negative Beeinflussungen der in GLOBAL 2000 zum Ausdruck gebrachten Trends ergeben.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird gebeten,

1. die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus dem Bericht GLOBAL 2000 sowie vergleichbaren Studien ergebenden Schlußfolgerungen zu prüfen und darzustellen, was diese für die Bundesrepublik Deutschland selbst sowie für ihre auswärtige und Entwicklungspolitik bedeuten;

2. zu prüfen und darzustellen, ob das umweltpolitische und planerische Instrumentarium der Bundesrepublik Deutschland ausreicht, um unsererseits die uns betreffenden langfristigen globalen Gefahren vorzuschätzen und ihnen wirksam zu begegnen;
3. zu prüfen und darzustellen, für welche innen-, außen- und entwicklungspolitischen Bereiche sie zusätzliche Handlungsprogramme und -alternativen für erforderlich hält, um den Aussagen in GLOBAL 2000 Rechnung zu tragen; ein möglicher Finanzbedarf ist darzustellen;
4. den Sachverständigenrat für Umweltfragen sowie andere mit der Beratung von Parlament und Regierung betrauten Gremien zu bitten, in ihren Gutachten die in GLOBAL 2000 aufgezeigten weltweiten Gefahren und Entwicklungstrends zu berücksichtigen;
5. zu prüfen, bei welchen der in GLOBAL 2000 aufgezeigten Entwicklungstrends eine besser koordinierte und wirksamere internationale Zusammenarbeit erforderlich ist, und sich dafür einzusetzen, daß für diese Bereiche notwendige Maßnahmen in den kompetenten internationalen Gremien, vor allem aber in der EG, OECD und den zuständigen UN-Gremien unverzüglich in Angriff genommen werden;
6. an der Stärkung des Problembewußtseins in der Bevölkerung mitzuwirken, damit wichtige strukturelle Entscheidungen im demokratischen Konsens möglich werden.

Bonn, den 9. Dezember 1981

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion